

Malsfeld



konkret

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Malsfeld 3 / 1985

FÜR EINE DEMOKRATISCHE UND SOZIALE KOMMUNALPOLITIK

- Kommunalpolitisches Programm der DKP Malsfeld -

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der "Malsfeld konkret" wollen wir Ihnen u. a. die kommunalpolitischen Forderungen der DKP vorlegen. - Dieses Programm ist die Richtschnur unserer (kommunal)politischen Arbeit in den nächsten vier Jahren. Es kann nur eine Orientierung sein, die Ihnen aber andeutet, worum es uns vorrangig geht.

Aus Platzgründen haben wir die einzelnen Punkte nur sehr knapp angesprochen - die Zeitung wurde trotzdem umfangreicher wie gewohnt.

Eine konsequente Politik für die arbeitenden Menschen ist heute, gerade in den Gemeinden, wichtiger denn je.

Kommunalpolitik darf nicht länger eine kritiklose Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung bedeuten!

Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte, Landwirte und Rentner sind heute von einem Rückgang der Reallöhne betroffen. Sie verdienen weniger, ihre Steuerabgaben aber steigen.

In den Gemeinden werden sie dann auf unverschämte Weise ein zweites Mal ausgeplündert. In Malsfeld zeigt sich das besonders krass an sprunghaft steigenden Abwasserpriessen und an den Beiträgen zur Kläranlage. Dem werden wir unseren Widerstand entgegensetzen!

Die DKP betrachtet es als ihre Aufgabe, durch parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit in der Malsfelder Gemeindevertretung eine Politik im Interesse der arbeitenden Menschen durchzusetzen.

Mauscheleien, Absprachen mit den Großbetrieben und die saftige Rechnung für den Bürger: das darf es in Malsfeld nicht mehr geben!

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Vorschläge aufmerksam lesen und sind für Hinweise und Verbesserungsvorschläge dankbar.

Friedenspolitik

Beizutragen zur Sicherung des Friedens - das ist die allererste Aufgabe j e d e r Politik - auch der Kommunalpolitik!

Wenn der Frieden nicht erhalten bleibt, verliert jede politische Arbeit ihren Sinn, ist jede erreichte Verbesserung für die Bevölkerung gegenstandslos!

Deshalb schlägt die DKP Malsfeld vor:

- o Malsfeld wird zur "atomwaffenfreien Zone" erklärt, d. h. die Gemeindevertretung spricht sich gegen die Lagerung von Atomwaffen auf Gemeindegebiet und gegen deren Transport durch die Gemeinde aus.
- o Die Gemeindevertretung unternimmt alles, um die riesigen Manöver in unserem Gebiet zu unterbinden. Millionenbeträge würden allein im Schwalm-Eder-Kreis dadurch jährlich eingespart.
- o Die Gemeinde wendet sich gegen jede kriegsvorbereitende Maßnahme, wie z. B. Bunkerbau, Sprengschächte in Straßen, Brücken usw.
- o Die Gemeinde setzt sich für eine sofortige Senkung der Rüstungsausgaben ein.

Gebühren

Die Menschen in unserer Gemeinde werden von kommunalen Gebührenerhöhungen hart getroffen. Besonders kraß zeigt sich das bei Abwassergebühren und dem Kläranlagenbeitrag. Aber auch andere kommunale Leistungen verteuern sich ständig (z. B. Müllabfuhr).

Dies steht im Gegensatz zu sinkenden Reallohneinkommen der Bevölkerung. Verschlimmert wird das ganze durch eine, für eine von der SPD geführten Kommune kaum vorstellbare Ungerechtigkeit bei der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen.

Musterbeispiel ist auch hier - die Kläranlage.

Aber auch ein Vergleich der Gewerbesteuer mit Müll- und Wassergebühren spricht Bände: Der Gewerbesteuerhebesatz wurde seit 6 Jahren nicht verändert - fast alle anderen Leistungen aber jährlich verteuert!

	1982	1985 (Haushaltsansatz)	Veränderung
Gewerbesteuer	1.091.241	850.000	- 22,1 %
Müllgebühren	122.549 (1983)	137.000	+ 11,8 %
Wassergebühren	329.000	370.000	+ 12,5 %
Abwassergebühren	244.207	320.000	+ 31,0 %

Die DKP fordert

- o Kein Kläranlagenbeitrag für Haushalte
- o Gerechte Finanzierung der Kläranlage
- o Keine Umlage der Kanalbaumaßnahmen in öffentlichen Straßen auf die Anlieger
- o Grundstücksbesitzer werden nur für Kanalbaumaßnahmen auf dem eigenen Grundstück herangezogen
- o Sofortige Senkung des Abwasserpreises
- o Einfrieren aller kommunalen Tarife (Wasser, Müll, Kindergartengebühren, Mieten der Gemeindewohnungen, Grundsteuer)
- o Abschaffung der Anliegergebühren bei Straßenbaumaßnahmen



Gebührenerhöhung - Politik von CDU bis SPD

Arbeitsplätze

Nach dem Recht auf Leben und Frieden ist das Recht auf Arbeit das wichtigste aller Menschenrechte!

Es wird in unserem Land millionenfach mißachtet. Die derzeitigen Arbeitslosenzahlen sind die höchsten seit 1948! Sie werden - dafür sprechen alle Anzeichen - in den nächsten Jahren weiter steigen (Gewerkschaften sprechen von einer Verdoppelung bis 1990)!

Die sozialen Probleme in den Gemeinden werden deshalb zunehmen.

Es ist die Aufgabe der Kommunen, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosen zu helfen!

In der Gemeinde Malsfeld denkt man offenbar nicht daran. So wurden die im letzten Jahr eingerichteten ABM-(=Arbeitsbeschaffungsmaßnahme)Stellen mit der unwahren Begründung gestrichen, das Arbeitsamt vermittelte zur Zeit keine ABM-Kräfte.

Die DKP Malsfeld fordert:

- o Sofortige Einrichtung von ABM-Stellen (mindestens Stand 1984)
- o Zwei zusätzliche Ausbildungsplätze in der Gemeindeverwaltung
- o Die Gemeinde unterstützt Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung
- o Vergünstigungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger (z. B. Nulltarif für Kindergarten, Mietnachlaß)
- o Die Gemeinde Malsfeld schließt sich der Forderung nach überbetrieblichen Ausbildungszentren im Schwalm-Eder-Kreis an
Es wird die Bildung eines Ausbildungsverbundes mit Nachbargemeinden angestrebt (z. B. haben Gudensberg, Fritzlar und andere Gemeinden dies bereits getan)
- o Wo es möglich ist, werden Dorferneuerungsmaßnahmen in Regie der Gemeinde durchgeführt (zusätzliche Arbeitsplätze und ABM-Stellen)

VERKEHRSPLANUNG / DORFERNEUERUNG

Die DKP ist für eine sinnvolle, auf die Bevölkerung abgestimmte Verkehrsplanung. Die Schulwege für unsere Kinder sind so sicher wie möglich zu gestalten. Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten halten wir für erforderlich.

Die Sicherheit der Fußgänger hat bei der Gestaltung der Ortsdurchfahrten Vorrang! "Rennstrecken" wie in Elfershausen gehören nicht in unserer Dörfer!

Dorferneuerung darf nicht auf zwei Ortsteile begrenzt bleiben! Wir sehen die Gefahr, daß über dem Dorferneuerungsprogramm die anderen Ortsteile "vergessen" werden!

Weiter soll sich die Gemeinde Malsfeld für den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs einsetzen.

Sie wendet sich gegen den weiteren Abbau des Personenzugverkehrs auf der Strecke Bebra-Kassel! Sie setzt sich gegen ständige Preiserhöhungen bei der Bahn ein! Malsfeld muß Eilzugstation bleiben. Die Busanbindungen sind zu verbessern!



**Die wirkliche
Alternative
DKP
Die Arbeiterpartei**



VERSCHIEDENES

In unserer Gemeinde muß ein Konzept für eine offene Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden.

Es sollen hier nicht die Verdienste unserer Vereine infrage gestellt werden - aber es ist eine Tatsache, daß Vereine allein nicht die Gewähr für eine umfassende Jugendarbeit bieten.

Es fehlt an Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche. Wir halten Einrichtungen für sinnvoll, die der Jugend ermöglichen, sich nachmittags und abends zu treffen, die Spielmöglichkeiten, Hausaufgabenhilfen o. ä. anbieten.

Auch für Schulkinder aller Altersgruppen und für Kleinkinder sollten nachmittags Betreuungsmöglichkeiten angeboten werden.

Treffpunkte sollte es aber nicht nur für die Jugend, sondern auch für ältere Mitbürger geben.

Die Gemeinde sollte sich bemühen, das Kulturleben zu bereichern. Wir denken hier z. B. an die Verpflichtung von Theatern.

Die Spielplätze müssen erhalten und ausgebaut werden. Die DKP wendet sich gegen Bestrebungen der Gemeinde, den Spielplatz im OT Malsfeld (beim DGH) abzubauen.

Mehr Einfluß den Bürgern!

Eine bürgernahe Kommunalpolitik erfordert die Beteiligung der Einwohner bei wichtigen Entscheidungen!

Die Parteien der Gemeindevertretung Malsfeld halten sich nicht daran!

Nach der Hessischen Gemeindeordnung ist mindestens eine Bürgerversammlung im Jahr abzuhalten. Auch daran hält man sich in Malsfeld nicht!

Wir fordern daher:

- o Mindestens zwei Bürgerversammlungen jährlich
- o Sofortige Bürgerversammlungen zur Kläranlagenfinanzierung

Um die Position der Ortsbeiräte zu stärken, fordern wir ein Antragsrecht der Ortsbeiräte. Das heißt, daß über Anträge der Ortsbeiräte im Gemeindeparlament abgestimmt werden muß.

Rüstung runter, Profite runter, mehr Geld den Gemeinden!

am 10. März



DKP

wählen

DKP - Kandidaten

MANFRED NÖDING

Sandweg 9, OT Malsfeld

Schlosser

36 Jahre, verheiratet,
1 Kind

Mitglied der IG Metall,

Mitarbeit im Kulturarbeits-
kreis des DGB Schwalm/Eder

Mitglied im Schützenverein,
Männergesangverein, DLRG und
DRK

Vorsitzender der DKP Malsfeld



HEINZ SCHNEIDER

Guthardtstr. 6, OT Malsfeld

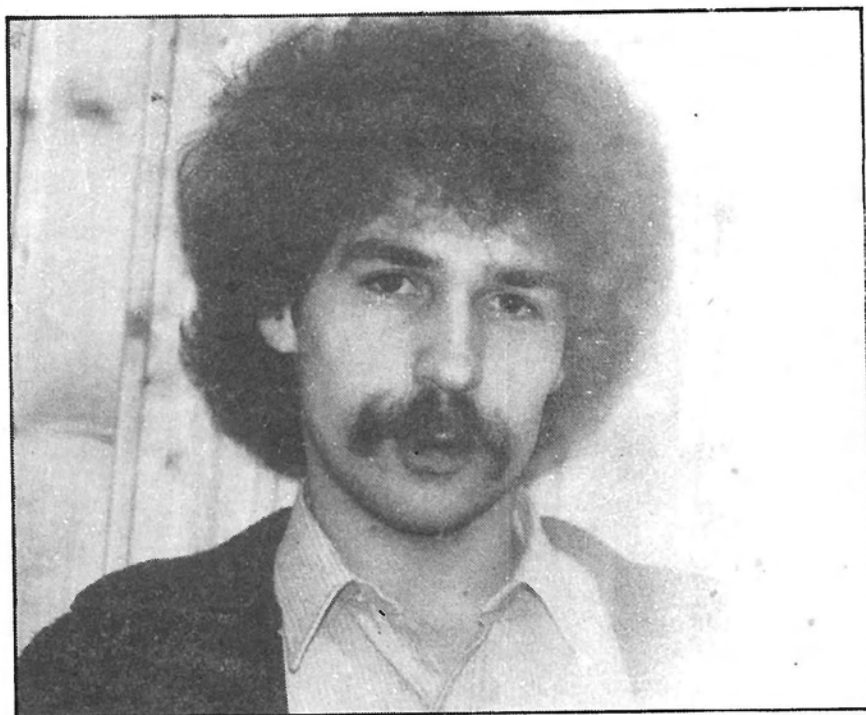
Steuerfachgehilfe

26 Jahre, verheiratet,
2 Kinder

Mitglied der ÖTV

Mitglied im Kreisvorstand
der DKP

Kreisvorsitzender der SDAJ



Unbestechlich, konsequent DKP ins Parlament

Wofür werden unsere Steuern ausgegeben?

Die zunehmende Finanznot der Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik ist inzwischen sprichwörtlich.

Kein Haushalt ohne Sparappelle - so auch in Malsfeld.

Auf jeden Sparappell folgt dann eine Gebührenerhöhung - oder auch ein dickerer Brocken: bei uns der Kläranlagenbeitrag.

Die Bürger zahlen immer mehr Steuern, aber die Gemeinden haben immer weniger Geld! Woran liegt das??

Steuern zahlen wir wirklich genug - nur kommt davon ein viel zu kleiner Teil bei den Gemeinden an!

Der Großteil bleibt beim Bund. Und dieser gibt in seinem Haushalt 1985 von 210 Milliarden DM allein weit über 70 Milliarden (!) für die Rüstung aus! Dann werden den Großkonzernen noch Milliarden an Subventionen zugeschustert zur Erhöhung ihrer ohnehin riesigen Gewinne!

Bei einer solchen Politik bleibt natürlich für die Kommunen nicht viel übrig. Deshalb empfiehlt die Kohl-Regierung (aber auch Holger Börner) den Gemeinden, ihre "eigene Finanzkraft auszuschöpfen." Im Klartext heißt das: Raubzug auf den Gelbeutel der kleinen Leute durch Erhöhung kommunaler Gebühren und Abgaben, durch Kläranlagen- und Straßenanliegerbeiträge usw. usw.

Viel wird vom sog. "Kostendeckungsprinzip" geredet. Dieses Prinzip ist unsozial, weil die Bürger über ihre Steuern die staatlichen Dienstleistungen schon einmal bezahlt haben. Kostendeckung bedeutet: Wir zahlen doppelt!!

Deshalb fordert die DKP u. a. von der Bundes- und Landesregierung:

- o Erhöhung des kommunalen Anteils an der Lohnsteuer und Einkommenssteuer von 15 auf 20 %
MEHREINNAHMEN FÜR MALSFELD: DM 417.000 jährlich
- o Senkung der Rüstungsausgaben um 10 %, wie es die UNO weltweit fordert
MEHREINNAHMEN FÜR MALSFELD: DM 500.000 und mehr jährlich
- o Verbleib der gesamten Gewerbesteuer in den Gemeinden
MEHREINNAHMEN FÜR MALSFELD: DM 150.000 jährlich

Allein diese drei Maßnahmen würden der Gemeinde Malsfeld jährlich weit über 1 Million DM zusätzliche Einnahmen bringen!

Dies würde ausreichen, um sämtliche kommunalen Leistungen ohne Belastung der Bürger zu finanzieren!

Die Politik der Bundesregierung läuft auf eine Verarmung der Kommunen hinaus! So geht der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen seit Jahren zurück, werden den Kommunen immer mehr Sozialhilfeleistungen aufgebürdet, zieht sich der Bund aus der Krankenhausfinanzierung zurück usw., usw..

Diese Tendenz muß umgekehrt werden! Das ist die wichtigste Aufgabe jeder Gemeindevertretung in nächster Zukunft!

Gemeindevertreter, die meinen, die "große" Politik habe mit der Kommunalpolitik nichts zu tun, haben diesen Namen nicht verdient!



Impressum:
VERANTWORTLICH:
DKP Wohngebietsgruppe
Malsfeld, Manfred Nöding
Sandweg 9, Malsfeld



PROTEST gegen Wahlbehinderung

In einem Brief an den Wahlleiter der Gemeinde Malsfeld hat die DKP dagegen protestiert, daß Bedienstete der Gemeinde und Mitglieder des Wahlausschusses die Namen von Unterzeichnern ihres Wahlvorschlages weitergegeben bzw. Unterzeichner persönlich angegriffen haben!

Die DKP prüft zur Zeit rechtliche Schritte (Strafanzeige).

Es ist empörend, daß hier mit gesetzwidrigen Methoden versucht wird, die DKP zu behindern!

Es verstößt gegen das Grundgesetz, wenn Bürger der Gemeinde Malsfeld, die ein Grundrecht in Anspruch genommen haben, massiv bedroht und eingeschüchtert werden!

Das ist kein Wahlkampf, das sind Erpressermethoden! Haben die etablierten Parteien den Aussagen der DKP nicht Sachlicheres entgegenzuhalten?

Wir Kommunisten bedanken uns nochmals bei denen, die mit ihrer Unterschrift unsere Kandidatur ermöglicht haben!

Die genannten Vorgänge zeigen nur, wie wichtig es ist, daß in Malsfeld wirkliche Interessenvertreter der arbeitenden Menschen gewählt werden können!

Liebe Leserin, lieber Leser! Geben Sie am Sonntag denen die Quittung, die ihre unsoziale Politik mit Drohungen und Einschüchterungen vor einer wirklichen Opposition "schützen" wollen!

Je mehr Stimmen die DKP erhält, desto größer ist die Chance, daß in Malsfeld auch wieder eine soziale, demokratische und bürgernahe Kommunalpolitik gemacht wird!

Es lohnt sich Kommunisten im Parlament zu haben:



Z.B. Reinheim

Kein Zweifel, was landläufig so unter „Fortschritt“ verstanden wird, hat auch um das Oldenwaldstädtchen Reinheim keinen Bogen gemacht. Fachwerkhäuser und bäuerliche Wirtschaftsgebäude prägen zwar auch heute noch das Stadtbild. Doch das Blechschild am hohen Holztor, das auf tuberkulosefreien Kuhbestand verweist, ist von Alter und Witterung verblaßt und fällt um so weniger ins Auge, als davor das Bild eines muskelstrotzenden Mannes prangt, der für ein „Fitness-Center“ wirbt.

Diese Art von Fortschritt ist es nicht, für die die Kommunisten Reinheims kämpfen, wenn sie für die rund 80 landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt, die ums Überleben ringen, eine Perspektive der Existenzsicherheit aufzeigen. Der Fortschritt, den die Kommunisten seit ihrem „sensationalen“ Erfolg bei den Kommunalwahlen 1972 erstritten haben, ist von einer Qualität, den die Bürger im Geldbeutel und in verbesserten Lebensbedingungen spüren:

● Seit sieben Jahren wurden keine städtischen Gebühren erhöht.

● Die Erhöhung der Preise für Schulbusfahrten mußte auf Protest von Kommunisten, Sozialdemokraten und Eltern zurückgenommen werden.

● Die (städtischen) Gebühren für den Kindergarten „Am Erlenweg“ wurden gesenkt.

● Seit dem 7. September 1983 ist die Stadt atomwaffenfrei.

● Rad- und Fußwege wurden angelegt.

● Die Gesundheitsversorgung verbesserte sich, wenn auch die Einrichtung eines Ärztehauses nicht erreicht werden konnte.

● Seit Jahren forderte die DKP, daß die Anlieger nicht zu „Straßenbeiträgen“ herangezogen werden. Jetzt endlich hat sich die SPD dieser Forderung angeschlossen, wurde ein entsprechender Beschluß im Stadtparlament gefaßt.

PREISENTWICKLUNG IN MALSFELD

	Wasser	Abwasser
1979	1,35	0,30
1980	1,35	0,60
1981	1,70	0,85
1983	1,70	1,50
1984	1,70	2,05
1985	1,70	2,65
1986	?	3,25

STEIGERUNG + 25,9 % + 983,3 %

Falls Ihnen bei der Lösung der Knochecke in der letzten "Malsfeld konkret" graue Haare gewachsen sind, bitten wir hiermit um Entschuldigung. Die Frage sollte lauten: Auf wieviel Prozent hat sich der Preis seit 1980 erhöht. Dann lautet die richtige Lösung:

5 4 1 , 6 %
=====

ANMERKUNGEN zu Äußerungen von SPD, CDU und FDP zur Kläranlage

Zunächst waren sie sprachlos, die etablierten Parteien in Malsfeld. Es wurde zwar in der Vergangenheit viel über die Kläranlage geredet, aber die entscheidende Frage "WER ZAHLT?" wurde am Bürger vorbeigemauschelt!

In Gesprächen mit uns behaupteten dann auch viele, sogar führende Mitglieder von SPD und CDU, "die Zahlen der DKP stimmen nicht."

Sie waren der Auffassung, die Betriebe würden zur Zahlung des Kläranlagenbeitrages nach "Einwohnergleichwerten" herangezogen!

Das zeigt deutlich, daß es Gemeindevorstand und Parteiführungen fast gelungen wäre, ihre eigenen Parteifreunde zu hintergehen.

Den Bürgern wollte man aber erst recht nicht entgegenreten. Zwar hatte der Bürgermeister in der Vergangenheit mehrmals versprochen, daß vor dem Beschluß über die Kläranlagenbeiträge Bürgerversammlungen stattfinden - gegeben hat es aber KEINE!

Was ist an dieser Politik "bürgernah?"

Nun, da die DKP die Tatsachen ans Licht der Öffentlichkeit brachte, kommen auch SPD, CDU und FDP nicht um Stellungnahmen herum.

Die CDU bedauert die Belastung der Bürger - WARUM HAT SIE ZUGESTIMMT?

Die FDP bedauert, daß die Bürger nicht informiert wurden - WARUM TAT SIE DAS NICHT?

Die GL Mosheim fordert, daß die Bürger den Kläranlagenbeitrag erst nach Anschluß bezahlen - WAS ÄNDERT DAS AN DER UNGERECHTIGKEIT?

Die GRÜNEN haben leider GAR NICHTS dazu zu sagen!

Auf die Veröffentlichungen der SPD wollen wir etwas näher eingehen: Am 20.02. erschien ein Artikel in der HNA. Die Überschrift war vielversprechend:

GROSSEINLEITER ZAHLEN MEHR!!

Den Beweis für diese Behauptung bleibt der Artikel jedoch schuldig! Im Gegenteil, die wenigen genannten Zahlen bestätigen unsere Berechnungen voll!

Mit 2 unwahren Behauptungen versuchen die Verfasser, die Herren Stöhr und Schwarzenau, die Leser irrezuführen:

1. Es gibt keine "rechtliche Möglichkeit, die Großeinleiter zu einem Baukostenzuschuß heranzuziehen!"
DAS IST UNWAHR!

Selbstverständlich hat die Gemeinde das Recht, von den Betrieben einen kostendeckenden Anteil zu verlangen. Vom Bürger fordert man schließlich auch "Kostendeckung." Außerdem bestätigt der genannte Artikel schon im nächsten Satz, daß ein höherer Beitrag zumindest im Gespräch war.

2. Es wird behauptet, daß die Brauerei DM 3,20 Abwassergebühr zahlen soll, die Bürger jedoch "nur" DM 2,00!
AUCH DAS IST GELOGEN!
Denn mehrfach wurde bereits angekündigt, daß der Abwasserpriis ab 01.01.85 auf DM 2,50 und ab 1987 auf DM 3,25 (für alle) angehoben werden soll!



Wenige Tage später folgt ein Flugblatt der SPD Malsfeld. Titel: WIR INFORMIEREN. In diesem wird im wesentlichen zur Kläranlage Stellung genommen. Mit einer nicht besonders originellen Lüge wird gleich am Anfang versucht, die DKP unglaubwürdig zu machen: Uns wird unterstellt, wir verbreiten "die Unwahrheit, daß die Verbrauchsgebühren beim Wasser in 1985 erhöht wurden."

Nun, als Leser(in) der "Malsfeld konkret" wissen Sie es besser! Die DKP hat die Erhöhung der ABwassergebühren verurteilt. Daß das Frischwasser zum 01.01.85 nicht auch noch teurer wurde, wissen wir selbst! Aber das ist auch so nicht gerade billig!

Wer glaubte, nach einer solchen Einführung bringe die SPD konkrete Informationen zum Thema, sah sich getäuscht.

Da die Verfasser die Argumente der DKP offenbar nicht mit Zahlen widerlegen konnten, warfen sie mit Schlagwörtern um sich: "Panikmache", "strikte Befolgung von Partei-ideologien" und "radikale Parteiparolen" wurden uns unterstellt.

Auf diese Ebene der Auseinandersetzung wollen wir uns nicht herablassen!

Wir halten uns da lieber an die Tatsachen, die SPD, CDU und FDP ihren Mitgliedern und den Bürgern lieber verschwiegen hätten!

Ein Gebot der Fairneß wäre es, wenn sich die genannten Parteien der öffentlichen Diskussion mit uns und den Bürgern stellen würden! Das nützt den Bürgern mehr als pauschale Diffamierungen!

Ein Argument ist noch erwähnenswert: "Es darf nicht sein, daß die Gewerbebetriebe durch einseitige Belastungen in ihrer Existenz bedroht werden", schreibt die SPD.

Es ist schon bezeichnend, daß die Malsfelder SPD-Führung an die Existenz von Arbeiter- und Angestelltenfamilien, Rentnern, Landwirten und Arbeitslosen nicht denkt! Die sollen sogar noch die Beiträge für die Betriebe mitbezahlen! (Übrigens: Auch die kleinen Gewerbetreibenden zahlen für Brauerei und Quelle mit)!

Wir meinen:

Eine gerechte Beteiligung an der Kläranlage ist für Betriebe, von denen jeder mindestens 10 Millionen DM Jahresumsatz hat, zu verkräften. Die können ihre Beiträge von der Steuer absetzen, bekommen Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen.

All das bekommt der "Normalbürger" nicht. Der muß sich Geld gegen teure Zinsen von der Bank leihen, um seinen Beitrag zahlen zu können.

Wir sind über die Malsfelder SPD-Führung entsetzt!

Solch eine arbeiterfeindliche Politik kennen wir normalerweise nur von CDU und FDP!

Wer eine Kommunalpolitik für die arbeitende Bevölkerung in Malsfeld will, der sollte am Sonntag DKP wählen!

Das ist die überzeugende Quittung für derartige Mauscheleien!

UNTRAGBAR?? - ARBEITSPLÄTZE GEFÄHRDET?

Nehmen wir mal an, die Wildsbergquelle zahlt einen Kläranlagenbeitrag von 1 Mill. DM. Den setzt sie zunächst von der Steuer ab.

Dadurch spart sie:

Gewerbsteuer	DM 150.000) verteilt auf Ab-
Körperschaftssteuer	DM 476.000) schreibungsdauer
<u>Effektive Belastung</u>	<u>DM 374.000</u>	

Dabei sind zinsgünstige und zinsfreie Darlehen, Zuschüsse, "Zonenrandförderung" usw. noch nicht berücksichtigt!

Von einer "Existenzbedrohung" oder "Gefährdung der Arbeitsplätze" kann also gar nicht die Rede sein!

letzte meldung letzte meldung letzte meldung letzte meldung letzte meldung

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns das neueste "Werk" aus der Feder von Kurt Stöhr. Es ist natürlich gegen die Enthüllungen der DKP gerichtet. Die dargelegten Zahlen decken sich aber im wesentlichen mit unseren Berechnungen (wo liegt da eigentlich die "Falschmeldung"??).

Zum Inhalt:

Auch Herr Stöhr kommt an an dem Ergebnis nicht vorbei, daß die beiden Betriebe die Hälfte (er sagt 44,2 %) der Kläranlagenkapazität brauchen.

Er kann daher schlecht behaupten, daß die 100.000 DM Kläranlagenbeitrag der Betriebe angemessen sind (die Bürger zahlen ja 1,4 Millionen!!).

Also droht er den "Lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern":

Wenn von den Betrieben ein gerechter Anteil verlangt würde (d. h. Berechnung nach Einwohnergleichwerten), gäbe es keine Landeszuschüsse, und die Bürger müßten noch mehr zahlen!

Das ist blanker Unsinn! Mit dieser Behauptung soll den Bürgern Angst gemacht und Kritik unterdrückt werden!

Das Land kann seine Zuschüsse nicht davon abhängig machen, wie die Restbelastung innerhalb der Gemeinde verteilt wird!

Den folgenden Absatz aus dem Flugblatt mußten wir erst dreimal lesen:

GROSSEINLEITER KÖNNEN NUR AN KLÄRANLAGE BETEILIGT WERDEN

Brauerei und Wildsbergquelle als GroBeinleiter können nur an den Mehrkosten für die Kläranlage (Verursacherprinzip) beteiligt und nicht noch zusätzlich zur Mitfinanzierung der Hauptsammler herangezogen werden, da durch deren Anschluß, der Gemeinde keine zusätzlichen Kosten erwachsen.

Das ist ja eine tolle Logik! Die Bürger müssen die Hauptsammler sowieso bezahlen, dann können die Betriebe ihre Abwässer ja zum Nulltarif einleiten. Oder benutzen Brauerei und Quelle die Hauptsammler gar nicht?

Dann müssen sie ihre Abwässer wohl mit der Schubkarre in die Kläranlage transportieren! (Was versteht Herr Stöhr denn unter "Verursacherprinzip?").

Nun noch ein paar Bemerkungen zum Abwasserpreis:

Im Flugblatt behauptet Herr Stöhr, die Betriebe zahlen später einen Abwasserpreis von DM 5,00 je cbm (in der HNA vom 20.02. war noch von DM 3,20 die Rede)!

Er kommt zu folgendem Ergebnis:

Diese Gesamtkosten teilen sich wie folgt auf:

40.000 m ³ industrielle Abwässer mit 5,01 DM/m ³	200.400,-- DM
160.000 m ³ häusliche Abwässer mit 3,30 DM/m ³	528.000,-- DM
	728.400,-- DM

Auch das bedeutet:

Die Betriebe zahlen und leiten	27,5 % der Abwassergebühren	44,2 % der Schmutzfracht ein! (s. o.)
Die Bürger leiten und zahlen	52,5 % der Schmutzfracht ein	71,5 % der Abwassergebühren!

GERECHT?? GROSSEINLEITER ZAHLEN MEHR??

Dazu kommt: Die Bürger zahlen schon seit 1981 erhöhte Abwasserpreise für die Kläranlage. Bis 1987 haben sie damit bereits 1,5 Millionen DM Vorleistung erbracht!

Die Betriebe zahlen bis 1987 keinen Pfennig Abwassergebühr!

Dazu bringen die Bürger dann noch jährlich ca. DM 160.000 Zinsen für die (nicht gezahlten) Betriebsanteile auf (s. Malsfeld konkret 2/85).

Es zeugt nicht von "sozialer" Kommunalpolitik, wenn mit unrichtigen Zahlenspielen und Drohungen die Bürger dazu bewegt werden sollen, die "Kröte" Kläranlagenbeitrag widerstandslos zu schlucken!

Wir möchten hier auch noch einmal klarstellen, daß für diesen "Millionenschwindel" nicht nur die SPD, sondern auch die CDU und FDP verantwortlich sind!

Eines garantieren wir Ihnen:

Eine DKP-Fraktion hätte einer solchen Finanzierung NIE zugestimmt! Sie hätte dafür gesorgt, daß derartige Pläne VOR BESCHLUSSFASSUNG an die Öffentlichkeit gelangt wären!

Sie können dafür sorgen, daß solche Mauscheleien in Zukunft früher aufgedeckt werden! Sie können für frischen Wind in der Gemeindevertretung sorgen!

Sie können dafür sorgen, daß nach dem 10. März in der Gemeindevertretung die erneute Beschlußfassung über Kläranlagenbeitrag und Abwasserpreise beantragt wird - diesmal unter Beteiligung der Bürger!!

Geben Sie Ihre Stimme am Sonntag der DKP!!

Wir fordern klipp und klar:

• gerechter Beitrag (mindestens 2 Millionen DM) für die Kläranlage von den Betrieben!
• Von diesen 2 Millionen fällt der Kläranlagenbeitrag für alle Bürger weg!
• Die restlichen 60.000 DM sowie die jährliche Zinersparnis (ca. 160.000 DM) werden durch eine Senkung des Abwasserpreises an die Bürger weitergegeben!

Wenn die drei etablierten Parteien in "stiller" Übereinstimmung eine so unsoziale Politik machen, ist eine wirkliche Opposition umso wichtiger!
Eine solche Opposition kann auch keine Partei sein, die derart wichtige Belange der Bürger über "getrennte Mülleinsammlung" vergißt!

Eine solche Opposition ist nur die DKP!

Und bringt Ihnen ein SPD-Mitglied das Argument, die Stimme für die DKP könne die CDU dranbringen, dann lachen Sie ihn aus!
Denn daß eine DKP-Fraktion keinem CDU-Bürgermeister die Stimme gibt, ist doch glockenklar!

Wenn Sie vorhatten, nicht zur Wahl zu gehen, überlegen Sie sich das bitte noch einmal!

• Geben Sie der DKP Ihre Stimme, auch wenn Sie nicht in allen Punkten unsere Meinung teilen!

Eine echte Arbeiteropposition - das zahlt sich für die Bürger in Heller und Pfennig aus!

DAMIT "DIE DA OBEN" NICHT MEHR MACHEN KÖNNEN, WAS SIE WOLLEN - D K P !

**Abgeordnete wählen, die ihr Wort halten
und unbestechlich sind!**

DKP 



Schorsche kommentiert:



Liebe Malsfelder,

an einem der letzten Abende, es war schon nach halb elf, gehe ich so durch die Straßen von Malsfeld, um Luft zu schnappen. Natürlich ist es um diese Zeit in unserer Gemeinde zappenduster - ich sehe kaum die Hand vor Augen, geschweige denn die Straße vor den Füßen!

Um so erschrockener bin ich, als mich aus einer Seitenstraße jemand anspricht! "Guten Abend", sagt er, fast flüsternd, "Du bist doch der Schorsche von der DKP!" Mensch, denke ich, was will der denn von mir? Mir wird unheimlich! Zum Glück ist der Fremde ziemlich klein, das beruhigt mich ein wenig! "Ja, ich bin der Schorsche," flüstere ich. Da kommt der Unbekannte einen Schritt näher und fährt, kaum hörbar, fort: "Sag mal, hast Du auch bei der DKP unterschrieben, wegen der Kommunalwahl?" "Ja," gebe ich etwas verdattert zu, "aber woher wissen SIE denn das?"

"Ich bin Amtsperson." "Und das Wahlgeheimnis?" frage ich, "das dürfen Sie doch gar nicht weitersagen!"

"Ich weiß," sagt der Unbekannte, "aber das Wahlgeheimnis kennt in der Malsfelder Gemeindevertretung sowieso keiner! Das ist ja das schlimme! Ich habe nämlich auch unterschrieben!"

"Als Amtsperson?" frage ich erstaunt.

"Ja! Ich hab' gedacht, ist ja nichts dabei, natürlich sollen auch die Kommunisten kandidieren dürfen! Aber da hätten Sie mal meinen Boss erleben sollen! Kaum betrete ich gestern die Gemeindeverwaltung, faucht er mich an: "Was fällt Ihnen ein, bei der DKP zu unterschreiben?" Du kannst Dir sicher denken, daß es mit meiner Karriere vorbei ist! Dabei hat er mich vor vier Wochen erst aus meiner Wohnung geworfen!

"Aus der Wohnung?" frage ich, verstehe aber immer noch nichts.

"Ja, weil ich mich auf der Titelseite einer Zeitung gezeigt habe."

"MENSCH," rufe ich, "Du bist ja der Gemeindelöwe!"

"Psst! Nicht so laut," antwortet dieser, "wenn mein Boss hört, daß ich hier mit Dir... dann fliege ich endgültig raus, und meine Stelle wird zur Neubesetzung ausgeschrieben! Laß uns doch auf Deine Seite gehen, da können wir uns in Ruhe unterhalten! Ich habe ja sonst ohnehin keine Bleibe!

"Na klar," sage ich, "herzlich willkommen!"

So wurde es dann noch ein gemütlicher Abend! Wir haben ein bißchen geklönt, und nach dem dritten Bier kamen wir (natürlich) auf die Politik zu sprechen.

Bitter beklagt sich mein Gast: "Früher habe ich ja die SPD gewählt. Aber die bescheiden heute die kleinen Leute so schlimm, daß sogar die CDU immer zustimmt!"

"Ach, Du meinst die Kläranlage?" will ich wissen.

"Ja, da sollen wir für die Großen mitbezahlen. Die wollen ja nicht. Mein Boss sagt, die hätten 'abgewunken'.

Na ja, dann habe ich ihn gefragt, ob ich auch 'abwinken' kann, wenn die Gemeinde mir den Gebührenbescheid schickt. Da hättest Du meinen Boss mal erleben sollen!! 'Nein', hat er geschrien, 'dann schicken wir Dir den Gerichtsvollzieher'.

So war's, ehrlich! Dann habe ich mich entschlossen, Sonntag doch schon mal abzuwinken."

"Wieso am Sonntag?" frage ich.

"Na, dann ist doch Kommunalwahl! Und ich werde mit dem Stimmzettel abwinken! Ich wähle nämlich diesmal DKP!"

Recht hat er!

